



Verband der Islamischen Kulturzentren e.V.
İslam Kültür Merkezleri Birliđi

Pressemitteilung

Minarettverbot: Islamophobie bedroht Demokratie

30. November 2009 – Die gestrige Volksentscheidung der Schweiz, den Bau von Minaretten zukünftig zu verbieten, bedeutet aus Sicht des Verbandes der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) eine eindeutige Verletzung demokratischer Grundrechte und international anerkannter Menschenrechte. Der VIKZ verurteilt die Durchführung und das Ergebnis des Referendums. „Die Schweizer Urdemokraten haben sich mit dieser Abstimmung zu Undemokraten entwickelt“, so Erol Pürlü, Dialogbeauftragter des VIKZ. „In einer Demokratie darf eine Mehrheit die demokratischen Rechte einer religiösen Minderheit nicht beschneiden.“

Der VIKZ fordert die deutsche Politik dazu auf, Farbe zu bekennen und die Entscheidung zu einem Minarettverbot in der Schweiz öffentlich zu verurteilen. Politische Stellungnahmen, die Verständnis für den Volksentscheid äußern, gießen nur Öl ins Feuer. Solche Aussagen unterstützen das Fortschreiten einer Islamophobie, die seit einigen Jahren aus dem rechten und populistischen Lager geschürt wird. In der Schweiz ist diese Islamfeindlichkeit schon in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland, sollten Sorge tragen, dass bestehende Vorurteile und Ängste in der Gesellschaft abgebaut werden um dem gesellschaftlichen Klima der Islamfeindlichkeit entgegenzuwirken.

Es ist Zeit für eine aktive Debatte und Auseinandersetzung zum Thema Islamfeindlichkeit. Auch in Deutschland nimmt die Islamophobie zu. Dies belegt unter anderem die Studie „Gruppenbezogene Fremdenfeindlichkeit“ des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld von 2007. Laut der Studie fühlen sich 39 Prozent der Befragten durch die Anwesenheit von Muslimen wie Fremde im eigenen Land. 29 Prozent der Bürger sind der Auffassung, dass Muslimen die Zuwanderung untersagt werden sollte. Solche Zahlen bestätigen Ängste und Vorurteile gegenüber dem Islam in der deutschen Gesellschaft.

„Die Demokratie ist ein hohes Gut, welches es zu schützen gilt. Religionsfreiheit bedeutet nicht nur Freiheit für eine Religion, sondern für alle Religionen“, so Pürlü. Der Umgang der europäischen Politik und Institutionen mit der Thematik werden für die Entwicklung der europäischen Demokratien richtungs- und zukunftsweisend sein. Der Streit über das Minarettverbot wird entscheidend sein bei der Beurteilung, ob die europäischen Demokratien für alle ihre Bürgerinnen und Bürger ein demokratisches Heimatland sein wollen.

Weitere Informationen:

Seyfi Ögütlü
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 0221-9544 -1015
Fax 0221-9544 -1068; E-Mail: presse@vikz.de